

Internationale Regelung sozialer Fragen.

-In Genf tagte am 25. April die von der Interparlamentarischen Union eingesetzte Unterkommission zum Zwecke der Beratung von Ein- und Auswanderungsfragen. Auf Antrag des deutschen Mitglieds der sozialen Kommission, der Genossin Louise Schroeder, war die Unterkommission beauftragt worden, bei dieser Gelegenheit auch die Frage des Mädchenhandels sowie des Mutter- und Kinderschutzes mit zu beraten.

Die Unterkommission beschloß bezüglich des schwierigen Problems der Ein- und Auswanderung, zunächst durch einen Fragebogen bei den Mitgliedern der Interparlamentarischen Union zu ergründen, welche Maßnahmen in den einzelnen Staaten für notwendig gehalten werden, um die heute sowohl für die einzelnen Menschen wie auch für die Staaten bestehenden unerträglichen Mifistände abzustellen. Bei der Beantwortung dieses Fragebogens wird auch die Frage des Mädchenhandels, vielleicht auch die Frage des Verlustes der Staatsangehörigkeit durch Ehe und des internationalen Kinderschutzes zu behandeln sein.

Bezüglich des Mutter- und Säuglingsschutzes nahm die Unterkommission eine von der Genossin Schroeder vorgelegte Entschließung an, die mit Rücksicht auf die Erneuerung und Gesunderhaltung der Menschheit u. a. einen Schutz der erwerbstätigen Schwangeren und Mutter, eine Unterstützung jeder Mutter im Falle der Entbindung, sowie die Sicherstellung ärztlicher und Hebammenhilfe fordert und die Mitglieder der Union ersucht, als Anfang dieses Programms für die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft einzutreten.

L. S.

AUS DER ARBEITERWOHLFAHRT

Oeffentliche Tagung

des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt am 30. Mai d. J.
im großen Saal des Gewerkschaftshauses in Kiel.

Eröffnung der Tagung am Sonntag, dem 29. Mai.

Programm: Abends 8 Uhr, Begrüßungsansprachen, ab 8½ Uhr künstlerische Darbietungen. Schluß 10 Uhr.

Montag, den 30. Mai. Zeitfragen der Jugendwohlfahrt.

Vormittags 9 Uhr: „Jugendwohlfahrt und sozialistische Weltanschauung.“ Referent: Bürgermeister Dr. Heimerich, Kiel. — Diskussion.

„Grenzen der Familienfürsorge in der Jugendfürsorge.“ Referentin: Regierungsrat Dr. Spindler, Wiesbaden. — Diskussion.

1 bis 3 Uhr Pause.

Nachmittags 3 Uhr: „Fürsorge für schulentlassene Jugendliche unter besonderer Berücksichtigung der Hilfe für jugendliche Erwerbslose.“ Referent: Stadtrat Dr. Friedländer, Berlin. — Diskussion.

Schluß 6 Uhr.